

Die Galle monatlich bei zweimonatlicher Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, und die Post 22,50 Mark. anst. Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Die amtliche Zeitungsgewerkschaft unter Geschäftsführung eintragen. Die monatlich empfangene Monatspreise sind beim Geschäftswesen. Die Preise sind mit der Quellenangabe, Geschäftsleitung, Geschäftsstelle, Fern- und Sachleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1419 u. 1421, der Geschäfts-Abt. Nr. 1120.

Zaale-Beitrag

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 12 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Berlin, Friedrichstraße 2, mal, Sonntag und Montag 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Draußenstr. 17. Haupt-Geschäftsstelle: Große Märkerstraße 22 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 368.

Halle, Montag, den 9. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Minister Simons über die Wiederherstellung der deutsch-russischen Beziehungen.

Minister Dr. Simons hat sich von dem Berliner Vertreter der unabhängigen Schöpfer Volksbewegung über die bevorstehende Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen ausfragen lassen. Zu an der Spitze der Wichtigkeit der Fragen, erscheint es uns zweckmäßig, den Inhalt der Unterredung in ihren Hauptgrundzügen wiederzugeben, da möglicherweise Verleumdungen entgegen könnten durch Angriffe, die die Reichspressen gegen den Minister richten wird, weil er ausgerechnet einem unabhängigen Stebe und Antwort stand.

Auf die Frage nach der Bereitschaft, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung sofort wiederherzustellen, sobald die durch die Ermordung des Grafen von Mirbach verletzten Rechte der Exterritorialität eines deutschen Gebandes durch die russische Regierung wieder hergestellt sind, antwortete der Minister:

„Ich bin zur sofortigen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung bereit, sobald man uns die Ermordung der Grafen von Mirbach, gegeben hat. Wir müssen diese Ermordung fordern, da der Anspruch auf die Exterritorialität eines Gebandes nicht abhängig ist von der jeweiligen Staatsform, sondern ein internationales Recht darstellt, auf dessen Wahrung das Volk als solches Wert legen muß. Deshalb müssen wir diese Forderung erheben, obwohl der Graf von Mirbach der Gewalt nicht der gegenwärtigen republikanischen, sondern der alten kaiserlichen Regierung war. Ich bin aber gewillt, vollauf der politischen Neuorientierung in beiden Ländern Rechnung zu tragen, indem ich es der russischen Regierung überlasse, über die Form der Ermordung Vor schläge zu machen und erzwinge deshalb ein der Schwere des Falles angemessenes Angebot.“

Auch hinsichtlich der Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen erklärte sich Dr. Simons bereit, jeder privaten Initiative, sowohl von deutscher wie von russischer Seite am liebsten Unterstützung angedeihen zu lassen und auch offiziell die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. „Wir haben bereitwilligsten Willen in dieser Beziehung bestehen, indem wir den Vertretern der Sowjetregierung, die zu Wirtschaftsverhandlungen hierher entsandt werden sollten, die Eisen- und Braunkohlen- und andere Waren, die in Deutschland gewährt haben. Die Form, in der die russische Staatswirtschaft mit der deutschen Privatwirtschaft in dauernden Verkehr gebracht werden kann, bleibt weiterer Ermägung vorbehalten.“

Bezüglich der Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit Russland beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, gab der Minister der selben Ueberzeugung Ausdruck, daß es einer wirtschaftlichen Geltendmachung Europas aus die deutsch-russische Zusammenarbeit erforderlich ist. Es braucht dabei nicht die deutsche industrielle Arbeit, sondern die russische Rohstoffe und Lebensmittel. Andere europäische Staaten sind in ähnlicher Lage, so daß ganz Europa auf die Erfolge dieses Zusammenarbeitens für seine wirtschaftliche Wiederherstellung angewiesen ist.“

Hinsichtlich der Schwierigkeiten die in Deutschland der Verwirklichung dieser Pläne noch entgegenstehen, bemerkt Dr. Simons, daß weder im Kabinett noch bei irgend einer Partei Bedenken gegen die Wiederherstellung der deutsch-russischen Beziehungen bestehen. Im Gegenteil, sämtliche Parteien hatten in letzter Zeit diesen Gedanken als höchst sympathisch und für die deutsche Zukunft bringend notwendig begrüßt. Dagegen halte er es für seine Pflicht, hervor zu warnen, daß man an diese deutsch-russische Verständigung politische Hoffnungen knüpfen, die entweder geeignet sind, uns in den Verdacht zu bringen, als ob wir auch nur im geringsten die Absicht hätten, uns den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages mit russischer Hilfe zu entziehen, oder auf eine grundlegende Veränderung der deutschen Staats- und Wirtschaftsverhältnisse hinzielen.“

Ueber die Verhandlungen in Moskau, sowie in Paris, London und Rom sei er nicht genau genug orientiert, um sich nach diesen Sitzungen in Vermutungen zu ergreifen. Er dürfe aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch dort das gemeinsame Interesse nicht verkannt wird.

Zum Schluß sagte der Berichterstatter: „Hätten Sie eine direkte deutsch-russische Grenze für notwendig oder glauben Sie an die Möglichkeit eines schrittweisen deutsch-russischen Zusammenarbeitens bei Fortsetzung und unter Vermittlung der Handhaken?“ Der Minister wies darauf hin, daß seine Beziehungen im Reich über Deutschlands Verhältnisse zu Polen und über den deutsch-lettischen Vertrag ergeben hätten, wie er die Bedeutung der sog. Handhaken für die künftigen Beziehungen Deutschlands zu Russland einschätzte: „Ich wiederhole, als Brauns ein-“

riedlichen Austausch mit Russland sind sie auch abgesehen von ihrem eigenen Verkehr mit Deutschland von hohem Wert, nur ein Barrierengebilde wird durch das Bedürfnis nach einer Grenze mit Russland übermäßig machen. Lebrigens wird das letzte Wort in dieser Frage erst in unmittelbarer Verhandlung mit Russland zu sprechen sein.“

Diesen Ausführungen des Ministers Dr. Simons können wir nur voll und ganz beipflichten. Die Frage der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland ist für uns und den Wiederaufbau Europas so wichtig, daß politische Bedenken bis zu einem gewissen Grade in den Hintergrund treten müssen.

Englisch-französischer Bergarbeiterstreik bei Befehung des Ruhrgebietes.

Berlin, 7. Aug. Wie der Genfer Berichterstatter des B. T. hört, haben die Bergarbeiter von England und Frankreich den sofortigen Eintritt in den Streik zugestimmt, falls das Ruhrgebiet befreit werde. Der endgültige Beschluß hierüber wird in London am 5. Oktober vom internationalen Bergarbeiterausschuß gefaßt werden.

Die Forderungen der Ruhrbergleute.

Der Offener Berichterstatter der „Dena“, der Gelegenheit hatte, in enger Fühlungnahme mit Bergarbeitern die gegenwärtige Stimmung der Bergarbeiterchaft genauere zu erkunden, schreibt: „In den Kreisen der Bergarbeiter des Ruhrreviers hat man sich bereits damit abgefunden, daß das Abkommen von Spa in erster Linie auf ihre Schultern abgedrückt werden muß, daß es ohne Ueberdacht im Vergan nicht geht. Die Bergarbeiter sind in ihrer Übergangszeit nicht bereit, die neue Last auf sich nehmen, aber sie stellen nunmehr auch ihre Forderungen, die die Regierung, wenn sie nicht fähig ist, sie zu erfüllen, anerkennen muß. „Der Ruhrbergmann“, so lautet ein Slogan, „wird nicht für das ganze Volk zum Maßstab der Arbeit, er ist ein Arbeiter für das Kapital.“ Der letzte Gegenstand zum Großkapital hat sich nun einmal in den Bergarbeitern ausgebildet und wird nicht leicht mehr zu überbrücken sein. Das Streben der Bergleute geht mit aller Energie auf die schnelle Sozialisierung des Bergbaus. Es ist aber so weit, ist verlangen die Bergarbeiter Erleichterungen, die an sich gerechtfertigt sind. Sie wollen es nicht länger mit ansehen, daß ihre Frauen und Kinder Rot haben und ein tägliches Dolein fristen müssen, wenn dem Familienvater ein Unglück geschieht. Der Bergmann erweist somit nur ein Durchschnittsalter von 44 Jahren, aber selbst wenn er älter, wenn er jünger ist, ist die heutige Pension so gering, daß er sich noch anderweitig Arbeit suchen muß. Sodann verlangen die Bergarbeiter grundständig, daß die Regierung sofort daran geht, ein allgemeines Knappheitsgesetz auszuarbeiten, und noch dieses Jahr dem Reichstag vorzulegen. Daselbst gilt für eine Verbesserung des Reichseisenempfangens. Ein Bergmann sollte mit 50 Jahren seine Arbeitszeit beenden können, nicht erst mit 65 Jahren, da dieses Alter nur ganz wenigen Bergleuten erreicht wird. Die Bergleute haben auf dem Standpunkt, daß sie auch ein Gewerkschaftsmitglied, freizeitliche Behandlung und Arbeitsmittel für Familienmitglieder sind alle Forderungen der Bergleute, dazu kommt das Verlangen nach einer Erhöhung des Raatgelbes auf drei Viertel des Lohnes und des Sterbegeldes auf einen solchen Betrag, daß die Hinterbliebenen keine Schulden zu machen brauchen. Die erhöhte Arbeitspflicht auf der Seite der Bergleute bedingt eine erhöhte Unterhaltspflicht der Regierung. Die Allgemeinheit wird zugunsten der Bergarbeiter einen Preis für die Kohle von 2 Mark pro Tonne auf sich nehmen müssen. Über die Forderungen der Bergarbeiter gehen noch weiter: die Ueberflüssigen des Ruhrreviers sollen nicht befreit werden, das Grubenkapital soll die Eisenarbeiten tragen, indem es auf den Gewinn aus den Ueberflüssigen vermindert. Der Abzug der 10 Prozent vom Lohn hat unter den Bergarbeitern großes Blut erregt und wird das unter allen Arbeitern immer wieder tun, solange dieses Gesetz in Kraft bleibt. Bergarbeiter, sehr ruhige und vernünftige Leute sagen mir: „Wenn ein Gesetz in Umlauf ist, die Luft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vergiften, dann ist es dieses Steuerabzugsgelei, es ist der helle Bahnhalm.“ Für eben so falsch halten die Bergarbeiter die Beibehaltung der Sozialversicherung, die für die Arbeiter aufgehoben werden und nicht selten die Forderungen von Regierungsseite dazu gelangen werden, das Betriebsrisiko zu vergrößern. So hoch das heute vielfach labotieren. Dagegen, so haben die Bergarbeiter, kann nur die Sozialisierung helfen!“

Die Verleumdung im Saargebiet.

Meing, 8. Aug. „Ungehöriger Verkehr mit dem Saargebiet ist noch immer unterbrochen.“ Ein französischer Zug unter Leitung französischer Offiziere und Unteroffiziere konnte nur nach schwerer Kämpfe sein Ziel Meing erreichen. Unterwegs waren im Saargebiet fast überall die Weichen aufgestellt und die Signalzeichen zerstört. In Saarbrücken machten deutsche Eisenbahner Klänge, die Weiterfahrt des Zuges zu verhindern, ebenso wollten die Eisenbahner des Saargebietes wegen der Gefährlichkeit des Transportes die Weiterfahrt des Zuges verhindern. Es wurde ihnen jedoch befohlen, daß die Eisenbahner unter französischem Kommando stehen.

Die deutsche Neutralität und die Entente.

Das Moskische Büro gibt folgendes bekannt: Zu der von der Rotpropaganda „Dena“ ohne tatsächliche Unterlagen verbreiteten Nachricht über die Durchführung der Entente nimmt jetzt auch die französische Presse Stellung. Der „Temps“ schreibt: Die Allierten haben niemals ein feiner Form Deutschland die Absicht kundgegeben, durch dieses Gebiet Truppen hindurchzuführen, die bestimmt wären, an der polnischen Front zu kämpfen. Diese Mitteilung entspricht durchaus den Tatsachen. Das Pariser Blatt weist fernerhin darauf hin, daß die Entente eine Note an die deutsche Regierung richten sollte, die über die zu erfüllenden Bedingungen in dem reglementarischen Vertrag die Bedingungen aufzuzählen, die die Entente in Berlin eingeworfen führt. Diese Note ist inwieweit in Berlin eingeworfen. Sie verweist auf mehrere Fälle von Durchführungen regelmäßiger Ententezüge nach Ostpreußen und macht darauf aufmerksam, daß eine Wiederholung solcher Fälle die regelmäßige Verbindung der Truppen und der „Hohen Kommission“ in Oberösterreich würde. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf den „unethischen Charakter“ solcher Vorzüge und auf die Notwendigkeit, geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu ergreifen. Die deutsche Regierung muß sich bemühen, daß bei der bereitgestellten Sorge um unsere Neutralität alle Schritte vermieden werden müssen, die unsere Neutralität gefährden könnten. Vor unüberlegten Eigenmächtigkeiten, die geeignet sind, Zwischenfälle herbeizuführen, wird daher auf das dringendste gewarnt.

Der deutsch-französische Stagenstreit.

Wie bereits angedeutet, beschäftigt die deutsche Regierung die endgültige Entscheidung des Falls vor der französischen Botschaft in Berlin, bei dem die französische Forderung von dem Gebäude heruntergeholt wurde, auf dem Umweg über den Völkerbund zu versuchen. Dazu hat der deutsche Botschafter in Paris im Laufe des Freitag eine Note überreicht, worin unter Hinweis auf die Artikel 19 und 17 des Friedensvertrages der französischen Regierung vorgeschlagen wird, die Angelegenheit in einer Reihe Teile vorgetragenen Weise aus der Welt zu schaffen. Es scheint übrigens, daß in Berliner amtlichen Kreisen die Spannung als keineswegs sehr bedrohlich angesehen wird. Wie die „Dena“ aus guter Quelle erfahren hat, der französische Gesandte in Berlin, der ab dem abgehenden Botschafter vertritt, ist bei seiner Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen darauf hingewiesen, daß die französische Regierung auf der Verletzung des Völkerrechts besteht, der feierlich, der feierlich der Reichswehrkommando führte, die der französischen Forderung die Ehrenbezeugung erweisen sollte. Die Ueberzeugung, die sehr lange dauerte, hat dem Minister des Auswärtigen den Anlaß zu seinen Ausführungen im Reichstag gegeben.

Große Aufträge Finnlands an die deutschen Werften.

Gegenwärtig ist die Nachfrage nach deutschem Schiffbau in den nördlichen Distrikten sehr erhöht. Finnländische Reedereien beschäftigen weitere umfangreiche Aufträge für Schiffbauarbeiten für die deutschen Werften herauszubringen. Augenblicklich sind die Danziger Werften in größerem Umfang mit finnländischen Aufträgen versehen. So hat die ehemalige Reichswerft in Danzig zwei große Frachtdampfer für Finnland auf Stapel gelegt. Auch die Schichauerwerk hat für Rechnung lettischer und finnischer Auftraggeber Aufträge in nennenswerter Umfang erhalten.

Das Saargebiet als deutsches Zollanland.

Saarbrücken, 8. August. Die französische Generaldirektion der Zölle in Paris hat bestimmt, daß für die Anfuhr deutscher Waren nach dem Saargebiet fortan alle Ursprungszeugnisse, des Willens oder eines Beschlusses der französischen Zollverwaltung betreffend nicht mehr bedürfen. Für Waren deutschen Ursprungs, die für den direkten Verbrauch des Saargebietes bestimmt sind, bleiben laut einer neuen französischen Verordnung lediglich noch folgende französische Einfuhrverbote in Kraft für: Weizen, Spelz und Weizen (Korn und Mehl), ferner gewisse Sorten, die zur Herstellung von Zeitungspapier bestimmt ist, Zeitungspapier, Schweißpulver, Zündstoffe für Kriegswaffen, gefüllte Kriegspatronen. Von ausländischen Waren (nicht deutscher Herkunft) dürfen nach dem französischen Zollgesetz einschließlich des Saargebietes nicht eingeführt werden: eiserne Bleche, Weizenstreu und Traubenmoos, Feigen, die ausschließlich zur Destillation und Weinbereitung bestimmt sind, Schmittstücken, geprüfter Mehl und mit Alkohol kummernmacher Wein aus süßen Trauben, auch mit Alkohol kummernmacher Wein, genannt, Likörweine, Wein mit eingetragenen, Rosenweine und alle anderen nicht im Tarif eingeschätzten Getränke, Gemmen und künstlich gearbeitete Steine, außerdem Steine für die Industrie, fertige Isodamen, Uranoxiden, Dammäthen, Urzen mit fertigen Isodamen, Isodamen aller Art (Säuren usw. Zähler), fertige und rohe Zolldruckgeräte, Urformulare einschließlich der Isodamen, Kriegswaffen, vorrätigen Kanonen und Kriegswaffen, im Ausland gebrachte (Mitteln und Karabinen), alle Waffen für Sammlungen, sowie Waffen aller Art für Waffenvereinigungen, Handwaffen, Luftwaffen und Lufteten, sowie Kriegspatronen, Geschosse. Ausgenommen von diesen Einfuhrverboten sind diejenigen Waren, die zum Zweck der Wiederaufbau eingeführt werden. Ganz ausnahmsweise kann eine Einfuhrbewilligung für die eingefuhrten Waren durch das französische Ministerium des Innern nach eingeholtem Gutachten des in Frage kommenden Zollamtes erteilt werden.

